

II-1363 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 72115

1980 -07- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing.Riegler
und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Maßnahmen gegen alarmierende Einkommensverluste
der Bauern

Von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs wurde vor kurzem errechnet, daß das Jahr 1979 die größten Einkommensverluste für die Bauern seit Bestehen des Grünen Berichtes bzw. der zweiten Republik gebracht hat. Das landwirtschaftliche Einkommen und das Gesamterwerbseinkommen inklusive öffentlicher Zuschüsse sowie der Arbeitsverdienst sind nominell um mindestens 4 % gesunken. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate von 3,7 % ergeben sich damit Realverluste von fast 8 % im Bundesmittel! Es ist zu befürchten, daß die Verluste im Bundesmittel endgültig sogar noch größer ausfallen. Damit liegt das nominelle landwirtschaftliche Einkommen je Monat und Familienarbeitskraft brutto unter S 6.200.-, der Arbeitsverdienst unter S 3.700.-, das Gesamterwerbseinkommen inklusive öffentlicher Zuschüsse unter S 7.000.-. Ein Beschäftigter in der österreichischen Industrie verdiente 1979 brutto bereits S 13.650.-, das sind nominell um 6,3 % und real um 2,5 % mehr als 1978. Der absolute monatliche Einkommensabstand der Bauern beträgt damit mehr als S 6.650.-. Er ist gegenüber 1978 um mehr als S 1.000.- größer geworden und hat sich seit 1970 ungefähr verdreifacht. Eine bäuerliche Arbeitskraft konnte damit 1979 nur 51 % des Einkommens eines Industriebeschäftigten erwirtschaften, wobei

zunächst unberücksichtigt bleibt, daß auf Seite der Bauern alle Einkünfte bis zu den öffentlichen Zuschüssen berücksichtigt sind und bei den Industriebeschäftigten Nebenverdienste, Sozialleistungen des Betriebes etc. unberücksichtigt blieben. Dieser einsame negative Rekord des größten Einkommensverlustes seit Bestehen der zweiten Republik wird dadurch noch verschärft, daß die Bauern auch schon im Jahre 1977 ca. 3 %ige Reallohnverluste hinnehmen mußten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche einkommenspolitischen Maßnahmen werden Sie setzen, um die unerträglich zurückgebliebenen bäuerlichen Einkommen zu verbessern?
- 2) Was werden Sie tun, um dem Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes, "der Landwirtschaft und den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft zu sichern", gerecht zu werden?
- 3) Sind Sie bereit, in Zukunft den Anträgen der landwirtschaftlichen Interessensvertretung die notwendige Beachtung zu schenken, damit die "Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstandes in einem funktionsfähigen ländlichen Raum" als eine wichtige Zielstellung des Landwirtschaftsgesetzes nicht wieder verfehlt wird?